

reißt, wohl noch die Zwangsmaßnahme kommt, daß man seine Majestät den Wähler auch nicht mit Wahlen überläßt darf. In Preußen und in Sachsen hängen die Landtagswahlen in der Luft. Die vom Verbands geräumten Provinzen müssen nachwählen, dazu die Reichspräsidentenwahl, das wären vier Wahlen hintereinander, unter denen das Interesse und die Beteiligung leiden müssen.

Es wäre also an sich das Gegebene, auch Herrn Ebert so lange seines Amtes walten zu lassen, bis in den Abstimmungsgebieten endgültige Rechtsverhältnisse geschaffen sind. Die Sozialdemokratie kann damit wohl zufrieden sein. Der Reichspräsident ist nun einmal das Firmenschild des deutschen Volkes und es wird ihr für ihre Stellung den Wählermassen gegenüber nicht unangenehm sein, wenn sie darauf hinweisen kann, daß das höchste Vertrauensamt des deutschen Volkes in den Händen eines Sozialdemokraten ist. Auch die bürgerlichen Parteien können sich schlecht und recht damit abfinden. Herr Ebert hat es sich angelegen sein lassen, niemals aus dem Rahmen seiner repräsentativ gebildeten Stellung heraus zu treten. Er ist in der Auffassung seines Amtes von einer peinlichen Korrektheit und hinter den Kulissen hat er bei jeder mehr als einer Gelegenheit seine eigene Partei von rollenwärtigen Seitenprüngen erfolgreich zurückgehalten. Bei der Neuwahl werden die Sozialdemokraten wohl an Ebert festhalten. Sie haben keinen besseren und er geht auch mit seinen schlechten Aussichten in den Kampf, obwohl die Reichstagswahlen deutlich genug gezeigt haben, wie weit die feindlichen Gruppen der Roten Internationale von einer Mehrheit der Stimmberechtigten entfernt sind. Aber das Unglück ist eben, daß es schwer, ja fast unmöglich ist, die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Organisationsform zu vereinen. Bisher ist es das möglich gewesen bei Hindenburg, dessen Kandidatur aber so ungeschickt vorgehoben wurde, daß sie von vornherein auf eine deutschnationale Parze abgemessen war, und dadurch Widerstände fand, die sie sonst hätte vermeiden lassen. Zudem, der Feldmarschall will auch selbst nicht mehr. Nach dem App-Putsch hat er gebeten, von seiner Person abzusehen; er scheidet also aus, und damit stehen wir gleichzeitig vor der traurigen Tatsache, daß das deutsche Bürgertum zu arm an Persönlichkeiten ist, um auch nur einen einzigen Mann aufzuweisen zu können, dem über den Rahmen der Parteien hinweg die Herzen zu liegen. Bisher ist die Demokratie kaum von der geistigen Mann gewesen. Mit seinem Tode aber ist wohl so ziemlich die letzte Hoffnung geschwunden. Namen freilich werden genug genannt, darunter sogar Prinz Max von Baden. Professore, sogar Künstler werden vorgeschlagen, aber das alles sind nur Verzweckungswege, die über die bedauerliche Pore hinwegzuführen sollen. Geht es in dieser Art weiter, dann kommen wir schließlich dazu, daß jede einzelne Partei ihren eigenen Kandidaten präsentiert, und Ebert mit guten Aussichten in den zweiten Wahlgang hineinmarschiert. Deshalb ist es notwendig, daß rechtzeitig zum Sammeln gebildet und der ernsthafte Versuch gemacht wird, wenigstens den Reichspräsidenten zu entpolitisieren. Der Reichspräsident hat in der Zeit eines bescheidenen Anfangs gemacht. Er war aber auf dem richtigen Wege, dem nur, wenn ausgesprochen nicht politische Organisationen die Auffstellung eines gemeinsamen Kandidaten in die Hand nehmen, haben wir Aussicht, daß das Bürgertum aus diesem Kampfe mit der Sozialdemokratie siegreich hervorgeht.

Der Abbau der Kriegsgesellschaften.

Wie wir hören, bleiben von den „Behörden oder Organisationen behördlichen Charakters“ vorläufig bestehen:

Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen, Reichsbeauftragter für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr (Gew. Abt.), Reichsstelle für Yement.

Die Auflösung ist verzögert bei: Reichsberufsstelle.

In Auflösung begriffen sind: Reichsberufsstelle (Abteilungsstelle), Reichsstelle für Schubverfolgung, Baumwohlabrechnungsstelle, Reichsstelle für Druckpapier.

Von den „Aktienvereinen oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung“ bleiben vorläufig bestehen: Zentralstelle für die Petroleumverteilung G. m. b. H., Textil-Rohstoffverteilung G. m. b. H., Reichsbeauftragter für die Deutsche Zeitungsgewerbe G. m. b. H., Devisenbeschaffungsstelle G. m. b. H., Reichsbeauftragter für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr, Geschäftsstelle G. m. b. H.

Die Liquidation ist bevorstehend bei: Reichswohle A.-G. (September 1920), Reichshafen A.-G. (Oktober 1920), Chemikalien A.-G. (Oktober 1920), Zigarettenfabrikanten A.-G. (September 1920), Deutsche Tabakhandels-G. m. b. H., Mannheim (November 1920), Deutsche Zigarettenfabrikanten G. m. b. H., Bremen (Oktober 1920).

In Liquidation befinden sich: Kriegsmetall A.-G. (seit 1. Juni 1919), Deutsche Leder-A.-G. (seit 1. Oktober 1919), Mineralverarbeitungs-A.-G. (seit 1. Januar 1920), Seidenverarbeitungs-G. m. b. H. (seit 1. Juli 1920), Deutsche Versicherungs-G. m. b. H. (seit 1. Januar 1920).

Die Umwandlung in eine private Gesellschaft ist vorläufig für Oktober 1920 in Aussicht genommen bei: Deutsche Seeverversicherungs-A.-G.

Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der Kriegsgesellschaften. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm einstimmig eine Entscheidung an, die die Reichsregierung ersucht, sofort Maßnahmen zu treffen, um die bei den Kriegsgesellschaften entstandenen Lebensmittel, soweit die bestehenden Bestimmungen nicht andere Rechtsansprüche geschaffen haben, für die Allgemeinheit sicher zu stellen. Zu einem Antrage der Deutschnationalen auf Aufhebung sämtlicher Kriegsgesellschaften und Aufhebung der Auftragsgaben gab der Reichswirtschaftsminister die Erklärung ab, daß er die im Zusammenhang mit diesem Antrage vorgebrachten Gründe berechnigt finde, und daß der Antrag eingehend geprüft werden solle.

Zaneshgeschichte.

Die amerikanische Milchsubvention und das Rote Kreuz. Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz teilt mit: Leithin sind wiederholt Mitteilungen über die Milchsubvention durch die Presse gegangen, in denen das Rote Kreuz als mitbeteiligt erwähnt wurde. Bei den Beratungen über dieses Vieheswert deutsch-amerikanischer Kreise hat das Rote Kreuz schon seit vielen Monaten für die schnellste Durchführung der Aktion gesorgt. Anfangs August wurde es in der Sache des Brauchtraumes wiederum befragt und hat damals innerhalb weniger Tage den für die ersten 2500 Rinde benötigten Schiffraum zur Verfügung stellen können. Eintritten ist aber von diesem Angebote kein Gebrauch gemacht worden. Das Rote Kreuz ist selbstverständlich stets bereit gewesen, seine Verbindungen in den Dienst dieses Vieheswertes zu stellen, wo und wann es gewünscht wird.

Konferenz zur Lösung der deutschen Milchwirtschaft. Aus Kiel wird gemeldet: Landwirtschaftsminister Dr. Gerners wird im Laufe des nächsten Monats mit dem Vorstand des Schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Landesverbandes über landwirtschaftliche Fragen konferieren. In einer Vorkonferenz des Landesverbandes am 3. h. Mitt. in Kiel, an der Vertreter des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, sowie des deutschen landwirtschaftlichen

Reichsverbandes teilnahmen, wurden grundlegende Beschlüsse über den Vieheraufbau und die Förderung der deutschen Milchwirtschaft gefaßt.

Eine Thüringer Sicherheitspolizei. Der Staatsrat von Thüringen beschäftigte sich mit dem Plan, für Thüringen eine eigene Sicherheitspolizei zu gründen. Sie wird voraussichtlich in 6 Städten Thüringens stationiert werden und ungefähr 1000 Mann stark sein. Die Kosten für diese Polizei werden auf 20 Millionen Mark veranschlagt. Vier Fünftel davon soll das Reich tragen.

Eine Einheitspolizei in Preußen. Der im preussischen Ministerium des Innern mit der Reorganisation des preussischen Volkswesens betraute Ministerialdirektor Heeg erklärte Vorkonferenzen gegenüber: Die jetzt bestehende Vielfalt von Polizeiorganisationen, die oft gegeneinander arbeiten, soll beseitigt und eine Einheitspolizei geschaffen werden, wie sie allein den erhöhten Aufgaben des Staates genügen kann. Notwendig sei deshalb auch eine Verknüpfung der kommunalen Polizei. Der Volkswirtschaftsminister erklärte, die Aufgaben der heutigen Ordnungs- und Sicherheitspolizei erklärt, Kriminalpolizei und Verwaltungspolizei, die Volkswirtschaft trägt und nur mit Reserven bewaffnet ist.

Das Vorgehen der Berliner Eisenbahnarbeiter wird auch von den sozialdemokratischen Blättern scharf gebremst. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Arbeiterschaft in der Welt steht fast ganz unter unabhängigen und kommunalistischen Einflüssen. Die Arbeiter, die trotz der Verhandlungen ihrer Kommission aus Eigenem heraus zu der milden Maßregel griffen, seien augenscheinlich das Opfer kommunalistischer Phrasenreden geworden. Wahrscheinlich sei, daß die Entlassung und mögliche Bekräftigung der beteiligten Arbeiter wiederum zu einer Generalstreikbewegung Veranlassung geben werde. Offenheit werde aber die Wehrheit der Arbeiter aus solchem Anlaß nicht in unbefangene Verhandlungen hineinreiben lassen, die schließlich mit einer Verhandlung wie in Stuttgart enden müßten. — Der „Berl. Lokalanzeiger“ erklärt, daß ein Streik der Eisenbahnarbeiter von vornherein nur ein Teilstreik sein könnte, der für die Betriebslage auf den Eisenbahnen vollständig bedeutungslos bleiben würde.

Englische Soldatenfrauen in Deutschland. Ab 1. Oktober dürfen die den englischen Garnisonen am Rhein zugewiesenen Mannschaften ihre Frauen und Kinder aus England nachkommen lassen; Unverheirateten wird das Einbringen der Ehe gestattet. Allerdings dürfen die Truppen nicht mehr als einen Prozent verheiratete Mannschaften besitzen.

Die Enteignung des deutschen Vermögens in Neuguinea. Die Neuguinea-Kompagnie hat von ihrer Niederlassung in Rabaul die telegraphische Mitteilung erhalten, daß die australische Regierung offiziell den Beschluß der Enteignung sowohl der Neuguinea-Kompagnie, wie auch der anderen deutschen Firmen in Neuguinea bekanntgegeben hat.

Beilegung des Streiks in der Hamburger Fischereifabrik. Nachdem beide Parteien den Schiedspruch des Demobilisationskommissars angenommen haben, ist der Streik in der Fischereifabrik beigelegt worden. Die Arbeit wird heute mittag 12 Uhr wieder aufgenommen. Der Demobilisationskommissar schlug Lohnerhöhungen von 15 bis 20 Prozent vor.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen im Reiche auch in der Zeit vom 1. bis 15. August weiter gewachsen. Allerdings ist die Zunahme der Erwerbslosenabzahl geringer als in den beiden letzten Juliwochen. Bemerkenswert ist, daß trotz der Erhöhung der Gesamtzahl der Arbeitslosen die Zahl der weiblichen Erwerbslosen um über Tausend abgenommen hat. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der weiblichen Erwerbslosen am 15. August 804 048, die der weiblichen Erwerbslosen 107 525, also insgesamt 411 573, gegenüber 404 236 am 1. August und 359 618 am 15. Juli. Daraus kommen 371 599 Familienangehörige, die als Aufschlagempfangener unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande in der ersten Februarhälfte dieses Jahres.

Der Koburger Bauernverein, dem die meisten Landwirte des ehemaligen Freistaates von Koburg angehören, hat einen Kartoffelhöchstpreis von 25 Mark für den Zentner festgelegt und lehnt den höheren Reichsstarkepreis ab.

Die Besoldungsordnung wird revidiert. Obwohl die Beratungen über die Revision der Besoldungsordnung noch nicht abgeschlossen sind, hat das Reichsfinanzministerium, dem Berliner „L. A.“ zufolge, angeordnet, daß Vorschläge auf die aus der voraussichtlichen Überhöhung sich ergebenden Mehrbeträge im Bedarfsfalle gestellt werden dürfen.

Die Weiskerwahlen für die Kaufmannsgerichte. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.), Sitz Berlin, hat gegen die unter den bekannten Einschränkungen ausgearbeiteten Weiskerwahlen für die Kaufmannsgerichte mit aller Entschiedenheit in einer Eingabe an den Reichstag und an das Reichsarbeitsministerium protestiert und folgende Abänderung der Verordnung im Interesse der kaufmännischen Angestellten gefordert: 1. Wiederbefestigung der Gehaltsgrenze von 15 000 Mark und restlose Erfassung aller kaufmännischen Angestellten, ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, zum mindesten aber Erhöhung der Einkommensgrenze auf 30 000 Mark; 2. Herabsetzung des passiven Wahlalters zum mindesten auf das 25. Lebensjahr; 3. Ausdehnung des passiven Wahlrechts auf die weiblichen Angestellten; 4. Aufhebung der Kaufmannsgerichte bis zur Durchführung der oben erwähnten drei Voraussetzungen zur Ermöglichung einer geordneten Durchführung der Wahlen.

Einschiebung des Konjunkturgesetzes in der Lederindustrie. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages wird zur Erledigung des vorliegenden Arbeitstoffes die ganze Woche tagen. Nach eingehender Beratung der Konjunkturabgabe in der Leder- und Schuhindustrie nahm der Ausschuss mit 14 gegen 12 Stimmen einen Antrag Alcotts (Zentr.) an, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Eingiebung des Konjunkturgesetzes unter Anwendung der Bestimmungen des § 24 so schonend vorzugehen, daß die Lebensfähigkeit der Lederfabrikationsbetriebe, insbesondere der kleinen und mittleren nicht gefährdet wird.

Erste Postwertzeichenkonferenz in Zürich. Aus Zürich wird gemeldet: Hauptgegenstand der ersten Postwertzeichenkonferenz bildete die Reichsmarkendirekte. Sodann gelangte die Valutarfrage zur Besprechung. Es wurde angeregt, daß die Markenataloge anstelle ihrer Papiergeldpreise die unveränderlichen Goldgeldpreise einführen sollten. Ferner wurde über Bekämpfung der Reichsmarkendirekten beraten, sowie über die Ausgabe von Postwertzeichen zum Zwecke der Spekulation. Der nächste internationale Kongress soll September 1921 in Zürich stattfinden.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.

Ein großer deutscher Wagger ist auf der Reise von Walmö nach Kiel geunten. Am Bord befand sich eine Besatzung von 80-90 Mann. Ueber das Schicksal der Besatzung ist noch nichts bekannt.